

Antrag

der Bundesrät*innen Korinna Schumann, Stefan Schennach, Christoph Steiner,
Kolleginnen und Kollegen
gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR

auf Einspruch gegen den Beschluss des Nationalrates vom 27. April 2023 betreffend ein Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz (3293/A und 2013 d.B.)

Die unterzeichneten Bundesrät*innen stellen im Sinn der zitierten Gesetzesbestimmungen den Antrag, gegen den 1. Beschluss des Nationalrates vom 27. April 2023 betreffend ein Bundesgesetz über die Wiener Zeitung GmbH und Einrichtung einer elektronischen Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes – WZEVI-Gesetz (3293/A und 2013 d.B.)

einen Einspruch zu erheben.

Der gegenständliche Antrag wird gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR wie folgt begründet:

Die 1703 gegründete Wiener Zeitung ist die älteste heute noch erscheinende Tageszeitung der Welt und stellt mit ihrer qualitativ hochwertigen Berichterstattung in einer hoch volatilen Zeit eine wichtige Quelle objektiver Nachrichteninformation dar. Zudem ist das Archiv der Wiener Zeitung, als Teil des UNESCO-Dokumentenerbes, ein unglaublich wertvoller Schatz, der beweist, wie groß die Verdienste der Wiener Zeitung im Bereich der Berichterstattung über kulturelle, politische und wirtschaftliche Ereignisse war und ist und den es zu bewahren gilt.

Wiewohl von zahlreichen prominenten Stimmen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Religion und Politik sowie allen Bereichen des öffentlichen Lebens große Proteste gegen die geplante Einstellung der Wiener Zeitung als Printmedium gekommen ist, hält die türkis-grüne Bundesregierung an diesem Vorhaben fest. ÖVP und Grüne sind im Begriff eines der wichtigsten journalistischen Kulturgüter in Europa dem Untergang anheimfallen zu lassen. An ihre Stelle soll ein Online-Medium treten – Print wird es nur noch „nach Maßnahme der zur Verfügung stehenden Mittel“ geben.

Die vorliegende Novelle bedeutet, dass die größte Einnahmequelle der Wiener Zeitung, versiegen wird – die Pflichtveröffentlichungen werden eingestellt. Die Verbreitungspflicht und der auf einen Euro pro Blatt limitierte Kaufpreis sowie das Fehlen von Inseraten tun ihr Übriges, um der Wiener Zeitung ihr wirtschaftliches Überleben als Printmedium unmöglich zu machen. Alternative Finanzierungskonzepte wurden – entgegen zahlreicher Forderungen – nicht nur nicht berücksichtigt, sondern bewusst nicht genutzt. Mit ihnen hätte die Wiener Zeitung als Printmedium ohne Qualitätseinbußen weiterbestehen können.

Insbesondere muss das betont werden, weil die Regierung üblicherweise im Umgang mit Geld für Medienarbeit nicht besonders sparsam agiert – zumindest, solange es um die eigene Werbewirksamkeit geht. So ist auf Grund einer parlamentarischen Anfrage bekannt, dass die türkis-grüne Regierung in den Jahren 2020 65 Millionen und 2021 73 Millionen Euro für Werbemaßnahmen ausgegeben hat und damit in den letzten Jahren Spitzenreiter bei den monetären Mitteln für Eigenwerbung ist.

Die Medienpolitik der Bundesregierung ist also in vielfacher Hinsicht ausgesprochen kritisch zu beurteilen beziehungsweise in überwiegenden Teilen klar abzulehnen.

Erst am 4. Mai 2023 wurde bekannt, dass die Redaktion der Wiener Zeitung mit dem Kurt-Vorhofer-Preis ausgezeichnet wird. In der Begründung heißt es, die Einstellung der ältesten noch bestehenden Tageszeitung der Welt sei ein nicht wieder gut zu machender Fehler und ein unwiederbringlicher Verlust für die österreichische Medienlandschaft.

Es ist dies der Abschlusspunkt nach zahlreichen Protesten. Angeführt seien an dieser Stelle die IG Autoren, die einen Protestbrief mit Unterschriften von 1516 Kunst- und Kulturschaffenden und 268 Kunst- und Kultureinrichtungen an die Bundesregierung richteten. Die Initiative Baukultur für Medienvielfalt sprach sich in einem offenen Brief an die Grünen Abgeordneten im Nationalrat ebenso für den Erhalt der Wiener Zeitung aus. Bereits sehr früh fanden sich zudem namhafte Politiker*innen, die die Einstellung der Wiener Zeitung ablehnen – einer davon ist der ehemalige EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP).

Er fand im Rahmen einer Demonstration gegen die Einstellung der Wiener Zeitung am 25. April 2023 ausgesprochen deutliche Worte: „Woher nehmen sich die ahnungsvollen Leuchten des Politikgewerbes, Frau Raab und Frau Blimlinger, das Recht und die Frechheit, dieser 320 Jahre alten Institution den Garaus zu machen?“ Und: "Die Demokratie in Österreich ist nicht mehr in dem Maße gesichert, wie sie es einmal war!"

Unterstützerinnen und Unterstützer für den Erhalt der Wiener Zeitung gibt es aus sämtlichen Bereichen des österreichischen Lebens, die nachstehenden Persönlichkeiten haben sich für den Erhalt der Wiener Zeitung ausgesprochen:

Die Vertreter*innen aller in Österreich anerkannten Glaubensgemeinschaften:

Yüksel Bilgin

Präsident der Alevitischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Michael Chalpuka

Bischof der Evangelischen Kirche A.B.

Oskar Deutsch

Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde

Anba Gabriel

Bischof der Koptisch-orthodoxen Kirche in Österreich

Thomas Hennefeld

Landessuperintendent der Evangelischen Kirche H.B.

Arsenios Kardamakis

Metropolit der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Österreich

Heinz Lederleitner

Bischof der Altkatholischen Kirche Österreichs

Karl Peloschek

Vorsitzender der Freikirchen in Österreich

Christoph Kardinal Schönborn
Erzbischof von Wien der Römisch-Katholischen Kirche

Stefan Schröckenfuchs
Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich

Simon Soucek
Präsident Österr. Kirchengvorstand der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage

Ümit Vural
Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

Gerhard Weissgrab
Präsident der Österreichischen Buddhistischen Religionsgesellschaft

Schon zuvor wurde die Unterstützung des Erhalts der Wiener Zeitung durch ein Personenkomitee aus dem öffentlichen Leben Österreichs eingefordert; folgende Persönlichkeiten haben dies unterzeichnet:

Rudolf Anschöber
Minister a.D.

Doris Bures
Zweiten Nationalratspräsidentin

Franz Fiedler
Rechnungshof-Präsident a.D.

Heinz Fischer
Bundespräsident a.D.

Franz Fischler
EU-Kommissar a.D.

Walter Geyer
Staatsanwalt a.D.

Irmgard Griss
OGH-Präsidentin a.D.

Herbert Haupt
Vizekanzler a.D.

Michael Häupl
Wiens Altbürgermeister

Othmar Karas
EU-Parlamentsvizepräsident

Wolfgang Katzian
ÖGB-Präsident

Johannes Kunz
Journalist

Michael Ludwig
Wiens Bürgermeister

Reinhold Mitterlehner
Vizekanzler a.D.
Heinrich Neisser
Minister a.D.

Erwin Pröll
Niederösterreichs Altlandeshauptmann

Maria Rauch-Kallat
Ministerin a.D.

Karl Schlögl
Minister a.D.

Heide Schmidt
Nationalratspräsidentin a.D.

Rudolf Streicher
Minister a.D.

Franz Vranitzky
Kanzler a.D.

Peter Ambrozy
Altlandeshauptmann von Kärnten

Claudia Bandion-Ortner
Ministerin a.D.

Maria Berger
Ministerin a.D.

Brigitte Ederer
Staatssekretärin a.D.

Harald Ettl
Minister a.D.

Alfred Gusenbauer
Bundeskanzler a.D.

Doris Helmberger-Fleckl
Chefredakteurin „Die Furche“

Klaus Herrmann
Geschäftsführender Chefredakteur der Kronen Zeitung

Lore Hostasch
Ministerin a.D.

Christian Kern
Bundeskanzler a.D.

Andrea Kdolsky
Ministerin a.D.
Bernt Koschuh
Journalist

Martin Kreutner
Anti-Korruptionsexperte

Ferdinand Lacina
Minister a.D.

Franz Löschnak
Minister a.D.

Andreas Pfeifer
Journalist

Wolfgang Waldner
Diplomat und Kulturmanager

Christof Zernatto
Altlandeshauptmann von Kärnten

Für den Erhalt der Wiener Zeitung meldete sich auch die Wissenschaft umfänglich zu Wort; die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition der Rektorinnen und Rektoren sind wie folgt:

Sabine Seidler
Präsidentin der Österreichischen Universitätenkonferenz, Rektorin der TU WIEN

Kurt Koleznik
Generalsekretär der Österreichischen FH-Konferenz

Andreas Altmann
Rektor am Management Center Innsbruck

Gerald Bast
Rektor der Universität für angewandte Kunst Wien

Andreas Breinbauer
Leiter des Kollegiums der FH des BFI Wien, Vizepräsident der Österreichischen FH-Konferenz

Walter Draxl
Rektor der FH Gesundheit Tirol

Friedrich Faulhammer
Rektor der Donau-Universität Krems

Wolfgang Fleischhacker
Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck
Elisabeth Gutjahr
Rektorin des Mozarteums Salzburg

Edeltraud Hanappi-Egger
Rektorin der WU Wien

Barbara Herzog-Punzenberger
Rektorin der Pädagogischen Hochschule Wien

Brigitte Hütter
Rektorin der Kunstuniversität Linz

Franz Keplinger
Rektor der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz

Hendrik Lehnert
Rektor der Paris Lodron Universität Salzburg

Meinhard Lukas
Rektor der Johannes Kepler Universität Linz

Andreas Mailath-Pokorny
Rektor der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien

Markus Müller
Rektor der Medizinischen Universität Wien

Armin Paul
Geschäftsführer der FH Vorarlberg

Erwin Rauscher
Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Niederösterreich

Gerald Reisinger
Präsident der FH Oberösterreich

Peter Riedler
Rektor der Universität Graz

Hellmut Samonigg
Rektor der Medizinischen Universität Graz

Georg Schulz
Rektor der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Sebastian Schütze
Rektor der Universität Wien

Martin Staudinger
Akademischer Leiter der Ferdinand Porsche FernFH

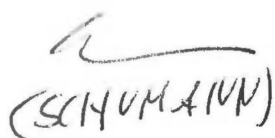
Roald Steiner
Leiter des FH-Kollegiums der FH Salzburg
Petra Steinmair-Pösel
Rektorin der Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Edith Stein
Ulrike Sych
Rektorin der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Uwe Trattnig
Akademischer Leiter der Fachhochschule FH Joanneum

Oliver Vitouch
Rektor der Universität Klagenfurt

Sabine Weisz
Rektorin der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland

Diesem Anliegen – dem Erhalt der Wiener Zeitung – das von so vielen Menschen vehement und entschlossen gefordert wird, schließen sich die unterfertigten Mitglieder des Bundesrates dezidiert an und erheben daher gegen das vorliegende Gesetz gegenständlichen Einspruch.



(SCHUMACHER)



(SCHENNACH)



(Steiner)